

nung der Rechtsbeständigkeit der Verfassung zu beseitigen, entspinnt sich eine längere Debatte, welche schließlich bis zum Montag vertagt wurde. An derselben nahmen von der Opposition besonders die Abgeordneten Zenfer, Gräff, Kuh und Fischer, von conservativer Seite die Abgeordneten Baumstark, Milde und Bergmann Theil.

Die zweite Kammer beschäftigte sich in ihrer Sitzung vom 10. mit mehreren Anträgen, von denen zur nähern Erwägung in die Abtheilungen verwiesen wurden: ein Antrag des Grafen Renard auf Regulirung der ländlichen Verhältnisse; ein Antrag von Pflücker auf Regulirung der gewerblichen Verhältnisse; ein Antrag auf Vorbereitung der Verfassungsrevision durch eine Commission von 21 Mitgliedern.

In der gestrigen Sitzung der ersten Kammer wurde die Verathung über den Sperlingschen Antrag fortgesetzt. Forkenbeck, Maurach und Leue sprachen für den Antrag und gegen die Rechtsgültigkeit der Verfassung. Die Abgeordneten Hülsmann und Rosenkranz vertheidigen in glänzenden Reden die Rechtsgültigkeit gegen die Sophismen der Opposition. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer stand auf der Tagesordnung der Antrag von Waldeck und Genossen: Die Kammer wolle beschließen, das Ministerium aufzufordern, den seit dem 12 ten November v. J. über Berlin und dessen zweimeiligen Umkreis verhängten Belagerungszustand sofort wieder aufzuheben. Waldeck motivirte den Antrag in einer längeren Rede, in welcher er die schon oft gebrachten widersinnigen Gründe wiederholte: Berlin sei im vorigen Jahre vollkommen ruhig gewesen und sei noch ruhig; Handel und Verkehr stockten wegen des Belagerungszustandes und die Fremden mieden deshalb die Stadt. Herr Waldeck muß gerade umgekehrte Augen haben, wie andere vernünftige Leute, daß er in allen Dingen das Gegentheil von dem sieht, was jedem Andern thatsächlich entgegen tritt. Nachdem der Minister des Innern erwidert, daß die Regierung lebhaft wünsche, sich über den Belagerungszustand auszusprechen, wurde fast einstimmig die Verweisung in die Abtheilungen angenommen.

In der Oppositionspartei der zweiten Kammer ist seit Kurzem eine äußerliche Spaltung eingetreten, auf welche hier in manchen Kreisen ein nicht geringes Gewicht gelegt wird. Uns scheint der ganze Vorgang mehr eine Spiegelfechtereie zu sein. Die Linke hatte bereits vor 14 Tagen den Plan entworfen, durch Bildung eines Centrums die schwankenden Elemente von der Rechten zu sich herüberzuziehen. Zu diesem Ende war der Abgeordnete Eberty gleich im Anfang in einer Partheiversammlung der Rechten erschienen, aber ausgewiesen worden. Jetzt scheint der Plan in größerem Maaßstab in Ausführung gebracht werden zu sollen. An eine prinzipielle Richtung der Linken können wir um so weniger glauben, als die Führer der ausgedehnten Fraktionen, wie Philipps, von Unruh, Rosch, Parisius eben so gut zu den Steuerverweigerern und zu den Gegnern der Rechtsgültigkeit der Verfassung gehören, wie Temme, Waldeck und Jakoby, die Führer der äußersten Linken.

Der General v. Wrangel hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach während der Dauer des Belagerungszustandes öffentliche Ansammlungen und Aufzüge jeder Art auf das Strengste untersagt werden. Damit möchte dann die beabsichtigte Märzfeier wohl unterbleiben.

Von Frankfurt und Paris aus sind der Regierung wichtige Nachrichten über eine weit verzweigte Verschwörung zugekommen, die namentlich in Berlin zum Ausbruch kommen sollte. Man sieht, wie gerechtfertigt unter diesen Umständen die Fortdauer des Belagerungszustandes ist. Zugleich bleibt es aber schwer zu begreifen, wie die Regierung, welche selbst bereits ausgesprochen hat, daß sie die Fäden der Verschwörung in der Hand habe, sich so passiv verhalten kann und noch immer keine Anstalten macht, die Vertheiligten vorläufig in Gewahrsam zu bringen.

**Berlin, 13. März.** Die Finanzen Preußens befinden sich im Vergleich mit anderen großen Staaten in einem unerwartet blühenden Zustande. Der bare Bestand des Staatsschatzes ist angewachsen auf

disponible, diverse	1	Million.
überwiesene Aktiva	4	"
diskonte Kassen	1	"
Vorschuß an die Seehandlung	1	"
	11	Million.

Außerdem ergiebt der Abschluß der Jahresrechnung noch bedeutende bare Bestände.

1 Million Verwendungen für die Marine ist durch den Etat des Kriegsministeriums übernommen worden.

Einnahme und Ausgabe deckten sich, mit Ausschluß von 5 Million. extraordinaria für öffentliche Bauten u. s. w.

**Berlin, 13. März.** Sämmtliche Ostseehafenplätze hat die Regierung von nachstehender Circular-Note des Grafen Moltke, dänischen Minister-Präsidenten, in Kenntniß gesetzt: „Ich habe die Ehre, Ihnen anzuzeigen, daß vom 27. dieses Monats an alle in den Herzogthümern Schleswig und Holstein gelegenen Häfen und Mündungen, mit Ausnahme der Inseln Alsen und Arroe, so wie jedes andere unter der unmittelbaren Herrschaft des Königs, meines erlauchten Herrn, gelegenen Gebietstheils, blokirt werden.

Insofern die Blokierung keinen andern Zweck hat, als die Wiederherstellung der rechtmäßigen Gewalt, da, wo dieselbe bedroht ist, zu erleichtern, versteht es sich von selbst, daß dieselbe sofort aufgehoben wird, wenn die gesetzmäßige Auktorität in ihre Rechte wieder eintritt.

Indem ich Sie ersuche, diese Verfügung zur Kenntniß Ihrer Regierung bringen zu wollen, behalte ich mir vor, Ihnen sobald als möglich einige Exemplare des die Blokierung betreffenden offiziellen Erlasses zuzufertigen.

Genehmigen Sie u. s. w. u. s. w.

Kopenhagen, 7. März 1849.

(gez.) A. W. Moltke."

— Auf Requisition der Centralgewalt wird Preußen sofort 12,000 Mann nach Holstein senden.

— Die Adress-Commission der zweiten Kammer ist heute Abend mit dem Adress-Entwurf fertig geworden. D. R.

**1 Berlin, 11. März.** Unsere Kammern fangen an, durch ihre letzten Sitzungen die allgemeine Aufmerksamkeit in größern Anspruch zu nehmen, und kann man mit Recht behaupten, daß die in der 2ten Kammer auf Grabow gefallene Präsidentenwahl als ein entschiedener Sieg der Rechten über die Oppositionspartei anzusehen ist. Ueber den Beginn der Revision der Verfassung dürfte wohl noch ein Monat hingehen. — Die Erscheinung des Ministerpräsidenten v. Brandenburg und des Kriegsministers v. Strottha in der vorgestrigen Sitzung als Bewaffnete in Uniform hat Anlaß gegeben, daß die Partei Waldeck's den Präsidenten der 2ten Kammer ersucht hat, von nun an jedem Bewaffneten den Zutritt zu den Kammern zu versagen. — Die Auflösung des österreichischen Reichstages in Kremsier hat hier nicht sehr überrascht, da bei der dortigen Sachlage dem ruhigen Zuschauer dies nicht unerwartet kam. — Hier herrscht augenblicklich unter den Demokraten große Mühsigkeit in Betreff der Jahresfeier des 18. März; ihr Programm wird am nächsten Donnerstag veröffentlicht werden. Ob an diesem Tage die feierliche Grundsteinlegung des Denkmals, zu dem seit vorgestern 291 Thlr. eingegangen sind, stattfindet, ist noch nicht ausgemacht.

**Königsberg, 10. März.** Das hiesige Oberlandesgericht ist das einzige preussische Obergericht, das eine Prorogation der Ausführung des Gesetzes über das öffentlich-mündliche Gerichtsverfahren nachgesucht und erhalten hat. Der Justizminister wollte anfänglich davon nichts wissen, da aber erklärte das Ober-Landesgerichts-Kollegium, daß, sollte der wiederholte Befehl des Herrn Justiz-Ministers schon am 1. April d. J. wirklich zur Ausführung gebracht werden, eine Menge Regreßklagen entstehen würden und jedes einzelne Mitglied des Kollegiums sich von vornherein gegen alle die nachtheiligen Folgen feierlichst verwahren müßte, die aus einer Uebereilung in dieser Angelegenheit jedenfalls entstehen würden. Der Ausschub wurde ausnahmsweise bewilligt und dürfte auch wirklich begründet erscheinen, denn während andere Departements u. A. 10, 20, 30 Patrimonial-Jurisdiktionen höchstens haben, zählt das Departement des hiesigen Ober-Landesgerichts mehr denn 300. So ist denn die Hoffnung vieler Parteien, die ihre Prozesse durch allerlei Verschleppungen bis zum 1. April aufsparten, um von der Wohlthat der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit Gebrauch machen zu können, wiederum bis auf drei neue Monate prorogirt. D. R.

**Köln, 15. März.** In verwichener Nacht wurde die Stadt gegen halb zwei Uhr durch Feuerlärm aufgeschreckt. Es war Feuer in dem in der Schildergasse gelegenen Vaudeville-Theater ausgebrochen, welches in kurzer Zeit in hellen Flammen stand. Die größten Anstrengungen konnten das Feuer nicht bewältigen, und der ganze, in der kölnischen Geschichte des vorigen Jahres so bekannte Stollwerksche Saal brannte mit einem Theile der Conditorei des Eigenthümers bis auf den Grund nieder. Nur die nackten Wände blieben stehen. Den Bemühungen der Lösch-Mannschaften gelang es, das Haupthaus und die anstoßenden Gebäulichkeiten zu retten und so die Stadt vor einem größeren Unglücke zu schützen, das nach der Lage des niedergebrannten Hauses unvermeidlich schien. Ueber die Ursache des Brandes verlautet nichts Näheres. Ein Mensch kam bei dem Brande um; wie man sagt, starb er vor Schrecken. —

**Frankfurt, 13. März.** In der heutigen Sitzung der National-Versammlung erstattete der Minister v. Beckerath einen vollständigen Bericht auf die vom Marine-Ausschusse vorgelegte Frage: „Welches sind die Staaten, die ihrer Verpflichtung wegen der Einzahlung der ersten Quote der Matrikular-Umlage noch nicht nachgekommen sind?“ aus dem wir folgendes hervorheben: Die Staaten, welche ihrer Verpflichtung noch nicht nachgekommen, sind Oesterreich mit 1,566,138 Fl. 33 Kr., Baiern mit 587,989 Fl. 51 Kr., Sachsen mit 198,198 Fl. 49 Kr., Luxemburg und Limburg mit 41,883 Fl. 12 Kr., Liechtenstein mit 916 Fl. 1 Kr. und bis zu diesem Augenblicke auch noch Kurhessen mit 93,792 Fl. 25 Kr.; wobei jedoch zu bemerken ist, daß die kurhessische Regierung durch ihren Bevollmächtigten bei der Central-Gewalt unterm 24. Februar d. J. die Anzeige gemacht hat, die Direction der Haupt-Staatscasse in Kassel sei von ihr angewiesen worden, die betreffende Summe an die Reichscasse einzuzahlen.

Was nun die verschiedenen Weigerungsgründe anlangt, so erwidert